

Zur Sache

Umweltpolitik



Die Menschen gewinnen.

Impressum

Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion

Susanne Kastner MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Platz der Republik, 11011 Berlin

Text und Redaktion:

Dr. Heidemarie Apel-Schmelter

Ralf Bergmann

Wolfgang Dirschauer

Cornelia Sepp

Nicole Zöllner

Bezugsadresse:

SPD-Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik, 11011 Berlin

www.spdfraktion.de

Gesamtherstellung:

Petra Bauer, Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn

pb.cicero@t-online.de

Fotos: bonn-sequenz (17, 20, 33, 36, 37)

Joker (Titel, 9, 21, 23, 30)

Mai 2002

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Vorwort	3
1. Nachhaltigkeit	5
2. Natürlich Natur	7
Natur – unsere Lebensgrundlage	7
Mehr Schutz für Nord- und Ostsee	8
3. Klimaschutz und Erneuerbare Energien	10
Vorreiter für die globale Aufgabe Klimaschutz	10
Erneuerbare Energien – unsere Zukunft	11
<i>Erfolgsstory EEG – ein Gesetz mit Vorbildwirkung</i>	12
<i>Wer Wind sät – wird Strom ernten</i>	14
<i>Im Land der Sonnenkönige</i>	16
<i>Biomasse ist Klasse</i>	18
Soviel Marktanreiz war noch nie	19
Schöner Wohnen – ökologischer Wohnen	20
Kraft-Wärme-Kopplung – Renaissance eines Klassikers	21
4. Auslaufmodell Atomkraft	22

5. Gesunde Umwelt – Gesunde Menschen	24
Gesund durch eine gesunde Umwelt	24
Erfolgsgeschichte Luftreinhaltung	25
Naturnahe Gewässer und sauberes Trinkwasser	27
Stimmt die Chemie noch?	28
Unerträglich laut	29
Elektrosmog in aller Munde	29
Modernes Umweltrecht und Umweltaudit	31
6. Mobilität muss nicht im Abgasnebel enden	32
7. Abfallwirtschaft	34
Verpackungen	35
Altautos	36
Planungs- und Investitionssicherheit	36
Was bleibt zu tun?	37
8. Ökologisch steuern – doppelt gewinnen	38
Weitere Informationen zum Thema	
Umwelt und Nachhaltigkeit	39
Weitere Veröffentlichungen in der Reihe „Zur Sache“	40

Vorwort



Ulrike Mehl
Umweltpolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion

*Sehr verehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,*

Umweltschutz ist kein Luxus und kein Randthema. Umweltschutz geht uns alle an, denn es geht um den Schutz und die Sicherung *unserer* Lebensgrundlagen und *unserer* Lebensqualität.

Unsere Umweltpolitik ist gerichtet auf: gesunde Luft, sauberes Wasser, unbelastete und leistungsfähige Böden, den Erhalt der Vielfalt der Natur und den Schutz des Klimas. Wir machen Umweltpolitik für eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder.

Mit dem Ziel „Ökologische Modernisierung“ haben wir im Herbst 1998 die Regierung übernommen, und fast vier Jahre später kann sich die Bilanz sehen lassen:

- Wir haben ein neues, modernes Natur- und Artenschutzrecht geschaffen.
- Deutschland ist Spitzenreiter beim Klimaschutz und beim Ausbau der erneuerbaren Energien.
- Der Atomausstieg ist beschlossen.
- In der Chemikalienpolitik haben wir einen besonderen Schwerpunkt auf den Verbraucherschutz gelegt.
- Wir haben die Kreislaufsysteme gestärkt und die Einführung des Dosenpfands beschlossen.

In vielen weiteren Bereichen haben wir nach den jahrelangen Versäumnissen der vorigen Regierung Verbesserungen im Umweltschutz erreicht.

Diese Broschüre soll Ihnen einen kurzen Überblick über die wichtigsten Initiativen und neuen Regelungen der laufenden Legislaturperiode geben. Wir freuen uns über Ihr Interesse.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrike Mehl

Umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion



1

Nachhaltigkeit

Die gegenwärtige Generation soll ihren Bedarf befriedigen, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zur Befriedigung ihres eigenen Bedarfs zu beeinträchtigen.“ So lautet die allgemein anerkannte Definition der nachhaltigen Entwicklung.

Da unsere natürlichen Ressourcen begrenzt sind, ist es das vorrangige Ziel einer Politik der Nachhaltigkeit, die Umwelt als unsere existenzielle Lebensgrundlage, als Quelle für erneuerbare und nicht erneuerbare Ressourcen und als Puffer und Speicher für Emissionen zu schützen und zu erhalten. Ökonomie und Soziales können sich nur in diesem Rahmen dauerhaft entwickeln. Unsere Umweltpolitik ist also grundlegender Bestandteil einer auf dauerhafte Generationengerechtigkeit und Erhaltung der Lebensqualität ausgerichteten Politik.



1

Die Entwicklung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die im April 2002 im Kabinett verabschiedet wurde, ist ein Kernstück unserer Reformpolitik. Wir lösen damit eine wesentliche Verpflichtung der in Rio 1992 unterzeichneten Agenda 21 ein. In der Nachhaltigkeitsstrategie werden unter anderem ehrgeizige Ziele festgelegt, die direkt den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen betreffen: So soll etwa der Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag gesenkt, der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2010 auf 12,5% erhöht und der Eintrag von Stickstoff auf landwirtschaftlich genutzte Flächen bis 2010 auf 80 kg pro Hektar verringert werden.



2



Natürlich Natur

Natur – unsere Lebensgrundlage

Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes ist geschaffen: Erstmals werden verbindliche naturschutzfachliche Regeln für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft aufgestellt, ein großflächiges Biotopverbundsystem auf mindestens 10% der Landesfläche geschaffen, die Verpflichtung zur flächendeckenden Landschaftspflege aufgenommen und als wichtiges Instrument die Verbandsklage auf Bundesebene eingeführt.

Wir haben wesentliche Verbesserungen für den Artenschutz erreicht: So haben wir den Schutz vor Faunenverfälschern wesentlich weiterentwickelt, wichtige Regelungslücken an den Schnittstellen Artenschutz/Jagdrecht geschlossen und den Vogelschutz an Energiefreileitungen rechtlich verankert.



2

Die rot-grüne Koalition hat mit Nachdruck an der Sicherung des nationalen Naturerbes gearbeitet. Mit der Regierungsübernahme wurde die Privatisierung von Naturschutzflächen in den neuen Bundesländern gestoppt. 100.000 Hektar Flächen wurden aus der Privatisierung herausgenommen. Davon werden 50.000 Hektar vom Bund kostenlos an die Bundesländer oder an von ihnen benannte anerkannte Naturschutzverbände abgegeben.

Mehr Schutz für Nord- und Ostsee

Mit dem novellierten Bundesnaturschutzgesetz haben wir als erstes Land in der EU die Grundlagen geschaffen, Schutzgebiete im Meer auszuweisen. Darüber hinaus haben wir ein geordnetes Vorgehen für die naturverträgliche Planung und Realisierung von Offshore-Windenergie-Parks entwickelt.

Die Schiffsicherheit ist ein wesentlicher Aspekt des Meeresschutzes: Daher hat die rot-grüne Bundesregierung unmittelbare Konsequenzen aus der Havarie des Holzfrachters „Pallas“ gezogen und eine unabhängige Expertenkommission eingesetzt. Ab 1999 haben wir konkrete Verbesserungen am Notfallkonzept für Nord- und Ostsee umgesetzt.





3



Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Vorreiter für die globale Aufgabe Klimaschutz

Der globale Klimawandel hat eingesetzt, erkennbar an der Erhöhung des Meeresspiegels und der Verschiebung von Klimazonen. Wir arbeiten daran, der Erwärmung unserer Atmosphäre durch immer mehr Treibhausgase wirkungsvoll zu begegnen. Der beste Klimaschutz ist eine moderne Energiepolitik mit weniger Energieverbrauch und vermehrter Nutzung erneuerbarer Energieformen. Wir werden unser nationales Klimaziel (Verringerung des Kohlendioxidausstoßes um 25%) bis 2005 erreichen.

Mit dem nationalen Klimaschutzprogramm haben wir uns dieser Herausforderung gestellt. Bis jetzt konnten Emissionsminderungen um 18,7% angestoßen werden. Zusätzliche Maßnahmen sind in Gang gesetzt. Für

private Haushalte und Gebäude, für die Energiewirtschaft und die Industrie sowie für den Verkehr wurden Minderungsanteile festgelegt. Bis 2020 streben wir eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 40% an. Klimaschutz ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Ratifikation des Kyoto-Protokolls durch Deutschland und die EU ist erfolgt, das Protokoll soll zum Weltgipfel in Johannesburg in Kraft treten.

Erneuerbare Energien – unsere Zukunft

Langfristig ist nur eine Energieversorgung auf der Grundlage erneuerbarer Energien wirklich nachhaltig und zukunftsfähig. Ihr Ausbau ist ein zentrales politisches Vorhaben und eine Erfolgsgeschichte Beschäftigung und Wertschöpfung in diesem Bereich sind schon längst keine Nischenangelegenheit mehr: Heute sind mehr als 100.000 Menschen durch die Erneuerbaren Energien in Lohn und Brot.

Wir haben den Anteil der erneuerbaren Energien (Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie und Solarenergie) an der Stromversorgung in den letzten vier Jahren von 4,6% auf 7,1% erhöht, bis 2010 wollen wir diesen Anteil auf



3

mindestens 12% ausbauen. Wir unterstützen die Zielvorgabe der Europäischen Union, bis etwa 2050 die Hälfte unseres Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen zu speisen.

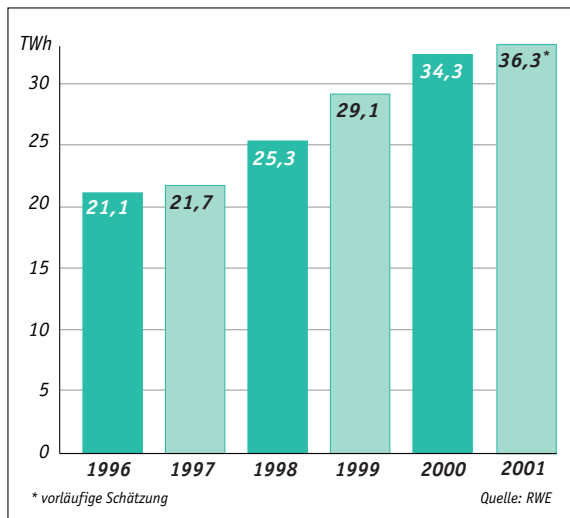
Erfolgsstory EEG – ein Gesetz mit Vorbildwirkung

Wichtigste Grundlage dieser positiven Entwicklungen ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das am 1. 4. 2000 in Kraft getreten ist. Damit wurde das zuvor bestehende Stromeinspeisungsgesetz weiterentwickelt und verbessert. Es ist ein Meilenstein in der Förderung erneuerbarer Energien und schlägt die Brücke in das Solarzeitalter.

Das EEG garantiert langfristig sichere Vergütungen für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien. Diese sind differenziert nach Anlagen und Technologien, um Investoren und Anlagenherstellern Planungssicherheit und einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen.

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

in Terrawattstunden (TWh)





3

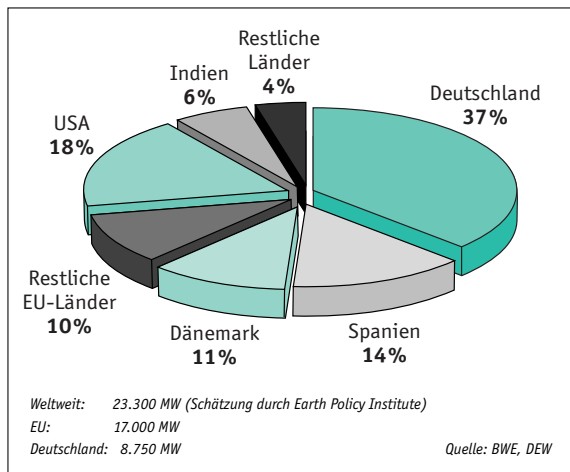
Wer Wind sät – wird Strom ernten

Gut ein Drittel der weltweiten Windkraftleistung steht in Deutschland. Im Jahr 2001 wurden fast die Hälfte aller neuen Anlagen in unserem Land errichtet. Ende 2001 wurden 11.440 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 8.754 Megawatt betrieben. Diese lieferten rund 12 Mrd. Kilowattstunden, das sind 3% des deutschen Stromverbrauches. Damit wurden 10 Mio. Tonnen CO₂ eingespart. Die Anlagen werden immer effizienter und größer. In dieser Legislaturperiode hat sich ihre Anzahl fast verdoppelt, ihre Leistung sogar fast vervierfacht. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten um das Doppelte (35.000 Arbeitsplätze). Windkraftanlagen „Made in Germany“ sind bereits heute ein Markenartikel und Exportschlager.

Für die Zukunft wird vor allem der Offshore-Bereich weiteres Wachstum bringen.

Installierte Windenergieleistung im internationalen Vergleich

Stand: Ende 2001





3

Im Land der Sonnenkönige

Über 4,3 Millionen Quadratmeter Solarkollektorfläche gibt es in Deutschland. Rund eine Million kommt in diesem Jahr neu hinzu. In den beiden letzten Jahren wurde doppelt so viel Photovoltaik installiert, wie in den gesamten 20 Jahren zuvor. Eine eindrucksvolle Bilanz der jungen Solarbranche, in der schon heute mehr als 20.000 Menschen arbeiten.

Photovoltaik und Solarthermie sind attraktive Schlüsseltechnologien mit großem Exportpotential. Bei weiterhin positiver Effizienz- und Kostenentwicklung kann ein lukrativer Wirtschaftszweig entstehen.

Wir unterstützen die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen durch garantierte Strompreise und seit Januar 1999 auch durch zinsgünstige Darlehen im Rahmen des 100.000-Dächer-Programms. Damit wird der Einstieg in die Massenproduktion der Solarzellen erheblich voran gebracht. Mehr als 33.000 Anträge und Darlehen über 700 Mio. Euro zeigen, dass das Programm Erfolg hat.





3

Biomasse ist Klasse

Die Bedeutung der Energieerzeugung aus Biomasse wird zunehmen. Die bislang nur in kleinen Anlagen erzeugte und oft zur Eigenversorgung genutzte Biomasse wird durch das EEG voll aktiviert und kann bereits in wenigen Jahren neben Wasser und Wind die dritte Säule der erneuerbaren Energien bilden.

Die Anwendungsgebiete sind vielfältig: kleinste Holzhackschnitzel-Heizkessel, Biogas-Anlagen, Kraftwerksblöcke mit 20 Megawatt Leistung, Einsatzmöglichkeiten für Biogas und andere biogene Treibstoffe. Damit eröffnen sich vielfältige Chancen für den Anlagen- und Maschinenbau und die Forst- und Landwirtschaft. „Der Landwirt als Energiewirt“ – eine echte unternehmerische Perspektive.

Soviel Marktanreiz war noch nie

500 Millionen Euro stehen in dieser Legislaturperiode mit dem Marktanreizprogramm zur Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien zur Verfügung. Das Marktanreizprogramm mobilisiert ein Investitionsvolumen von insgesamt deutlich mehr als 2,5 Mrd. Euro vor allem für Solarkollektoren, kleine Biomasse- und Wasserkraftanlagen sowie Geothermie. Hiervon gehen neben dem Umwelteffekt auch positive Impulse für mittelständische Industrie und Handwerk aus.

Die Finanzierung des Programms erfolgt aus der Ökosteuer, genauer: der Besteuerung von Strom aus erneuerbaren Energien. Dieser Teil des Steueraufkommens kommt damit in vollem Umfang der Förderung der Zukunftsenergien zugute.



3

Schöner Wohnen – ökologischer Wohnen

Mit der Energieeinsparverordnung und dem CO₂-Minderungsprogramm der KfW wurden die Rahmenbedingungen geschaffen, dass aus „schöner Wohnen“ auch „ökologischer Wohnen“ wird. Die Energieeinsparverordnung stellt sicher, dass der Energiebedarf von Neubauten um 30% unter dem heutigen Stand liegen wird. Das Niedrigenergiehaus wird damit Standard. Die aus dem Bundeshaushalt finanzierten Darlehensprogramme

zur Wohnraummodernisierung und CO₂-Minderung schaffen Anreize, die enormen Energieeinsparpotentiale im Altbau zu nutzen. Allein aus unserem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) stehen hierfür rund 1 Mrd. Euro zur Verfügung.



Kraft-Wärme-Kopplung – Renaissance eines Klassikers

Die gleichzeitige Produktion von Strom und Nutzwärme in einer Anlage ist unbestritten die effizienteste Art der Energieerzeugung. Sie sichert eine Energieausbeute bis zu 90%. Diese Kraft-Wärme-Kopplung ist traditionell ein Grundpfeiler sozialdemokratischer Energiepolitik, mit dem mehrere Ziele gleichzeitig erfüllt werden: Brennstoffe werden optimal ausgenutzt, Umwelt und Klima werden geschont, einheimische und dezentrale Energieerzeugung wird stabilisiert und ausgebaut.

Mit einem Soforthilfegesetz haben wir bereits im März 2000 den Bestand der KWK im liberalisierten Strommarkt gegen Wettbewerbsverzerrungen geschützt. Seit April 2002 gilt ein neues KWK-Gesetz, das vor allem der Anlagenmodernisierung sowie dem Zubau kleiner Blockheizkraftwerke und Brennstoffzellen-KWK dient. Anlagenbetreiber, Industrie und mehrere zehntausend Beschäftigte erhalten durch unser Gesetz eine Perspektive.





Auslaufmodell Atomkraft

4

Wir beenden die Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung. Mit der Energiewirtschaft ist ein Konsens über den Ausstieg erzielt worden, die Novelle des Atomgesetzes ist verabschiedet. Für die 19 laufenden Atomkraftwerke gilt eine Regellaufzeit von 32 Jahren sowie eine genau bestimmte Strommenge, die jedes Kraftwerk produzieren darf. Nicht ausgenutzte Strommengen dürfen auf neuere Anlagen übertragen werden. Das AKW-Mülheim-Kärlich wird abgerissen. Die Wiederaufarbeitung der Kernbrennstäbe wird bis 2005 beendet. Radioaktive Abfälle dürfen bis zur Genehmigung eines Endlagers nur noch in standortnahen Zwischenlagern gelagert werden.

Wir haben die Endlagerfrage neu aufgegriffen. Erstmals werden in einem transparenten Verfahren Kriterien ermittelt, die ein nationales Endlager ab 2030 erfüllen muss.

Mit dem Atomausstieg eröffnen wir neue Handlungsspielräume in der Energiepolitik. Der sukzessive Abbau der Kraftwerke schafft Freiräume für die Modernisierung der Energieproduktion und Energieverwendung:

Für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien, für effiziente Technologien wie die Kraft-Wärme-Kopplung und die Brennstoffzelle, vor allem aber zur Aktivierung von Energieeinspar- und Effizienzpotentialen.





5

Gesunde Umwelt – Gesunde Menschen

Gesund durch eine gesunde Umwelt

Umweltbedingte Belastungen können der Gesundheit Schäden zufügen, die schleichend sind und deren Ursachen nicht sofort erkannt werden. Hier setzt eine wirksame Luftreinhaltepolitik an. Es gilt, durch mehr Forschung und mehr Beobachtung ein besseres Verständnis über diese Zusammenhänge zu gewinnen.

Dazu beigetragen hat das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit, das vielseitig angelegt ist. Es umfasst Strategien und Maßnahmen, die die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit aufdecken und die Informationen über gesundheitliche Risiken verbessern sollen. Der Aufbau eines Informationsnetzwerkes hat begonnen, an der Neuordnung der Risikobewertung und der wissenschaftlichen Weiterentwicklung der

Umweltmedizin wird gearbeitet. Für Problembereiche wie Innenraumluft, Lärm, Feinstäube und Chemikalien, insbesondere hormonartig wirkende Stoffe, benennt das Programm Qualitätsziele, durch die umweltbedingten Gesundheitsbelastungen weiter reduziert werden sollen.

Oberste Prinzipien sind Vorsorge und Prävention, besondere Aufmerksamkeit wird der Kindergesundheit gewidmet.

Erfolgsgeschichte Luftreinhaltung

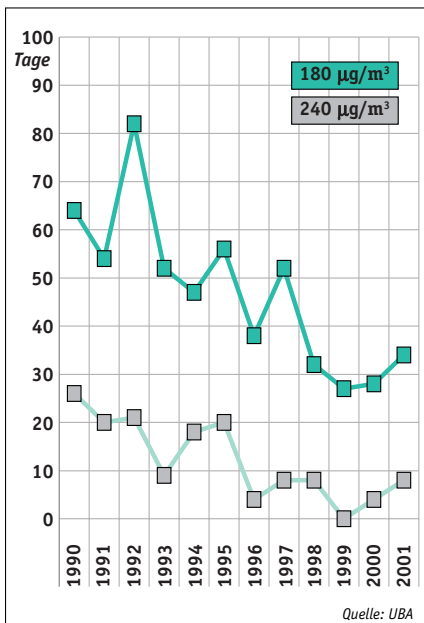
Luftreinhaltungspolitik wird heute zunehmend auf EU-Ebene beschlossen und den Mitgliedsstaaten zur Umsetzung überlassen. Ziel ist die Schaffung einheitlicher Luftqualitätswerte. Ab 2010 müssen bestimmte nationale Emissionshöchstmengen eingehalten werden. Für 13 Stoffe sollen EU-weit geltende Konzentrationswerte festgelegt werden. Die Umsetzung der bisherigen Vorgaben ist in Deutschland weit fortgeschritten. Dabei können aufgrund der hier bereits bestehenden Standards auch weitergehende Verpflichtungen als in anderen EU-Mitgliedstaaten übernommen werden. Wichtiges Beispiel sind das Aktionsprogramm Sommersmog und die Neufassung der Technischen Anleitung Luft.



Ozonkonzentrationen in Deutschland Tage mit mindestens einer Überschreitung von 180/240 $\mu\text{g}/\text{m}^3$

(vorläufige Auswertung für 2001)

5



Naturnahe Gewässer und sauberes Trinkwasser

Die Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist im Sommer abgeschlossen. Darin wird einheitlich das Ziel der guten ökologischen Qualität und die einzugsgebietsbezogene Bewirtschaftung der Gewässer festgeschrieben. Darüber hinaus haben wir im Gesetz den Vorrang für die ortsnahe Wasserversorgung formuliert.

Das letzte freifließende Donaustück in Deutschland zwischen Straubing und Vilshofen wird seinen urtümlichen und naturnahen Charakter behalten. Der Ausbau für eine bessere Schiffbarkeit wird ohne Staustufen naturverträglich erfolgen.

In der Diskussion um Liberalisierung und Privatisierung der Wasserwirtschaft in Deutschland hat sich die SPD-Fraktion mehrfach positioniert. Unsere zentrale Aussage lautet: Die Versorgung mit Trinkwasser ist eine Kernaufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge. Eine Öffnung der Märkte nach dem Muster von Strom und Telekommunikation darf und wird es beim Wasser nicht geben.



5

Stimmt die Chemie noch?

Die Europäische Kommission hat mit dem Weißbuch zur Stärkung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes eine Strategie für die zukünftige Chemikalienpolitik vorgelegt.

Diese neue Strategie soll bewirken, dass innerhalb der EU zukünftig das Risiko im Umgang mit Chemikalien bekannt ist, dass bekannt ist, wer welche Stoffe produziert und weitergibt und dass besonders gefährliche Stoffe eine Zulassung benötigen. Bisherige Praxis war das Verbot gefährlicher Stoffe durch die EU, das dann mit der Aufnahme in die deutsche Chemikalienverbotsverordnung umgesetzt wurde. So haben wir in Deutschland den Einsatz von u. a. Benzol, TBT, Schwermetallen und Teerölen eingeschränkt.

Bereits umgesetzt ist die europäische Biozidrichtlinie, nach der für Holzschutzmittel oder Insektenvertilgungsmittel ein Zulassungsverfahren durchgeführt werden muss.

Unerträglich laut

empfinden viele Menschen heute den Verkehr und die Belastung durch Flugzeuge. Lärm ist unüberhörbar geworden, verringert die Lebensqualität und macht krank.

Im Verkehrsbereich konnte mit Hilfe passiver Schallschutzmaßnahmen in Teilbereichen Linderung geschaffen werden. Die Lärmgrenzwerte für Kraftfahrzeuge wurden verschärft. Jährlich stehen 50 Mio. Euro für Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Schienenwegen zur Verfügung.

Die SPD-Fraktion hat grundsätzliche Kriterien beschlossen, die in der Novelle des Fluglärmgesetzes umgesetzt werden sollen.

Elektrosmog in aller Munde

Das mobile Telefon: Begleiter des Fortschritts oder gesundheitliches Risiko? Zwischen diesen Meinungen spielen sich heftige Debatten ab. Die Bundesregierung hat eine Bewertung der vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnisse durch die Strahlenschutzkommission vornehmen lassen. Danach bieten die geltenden Grenzwerte einen ausreichenden Schutz vor Gesundheitsgefahren.



5

Gleichwohl erkennt die Kommission in einzelnen Studien wissenschaftlich begründete Hinweise auf Gesundheitsbeeinträchtigungen und plädiert deshalb für weitere intensive Forschung. Daher werden die beteiligten Bundesministerien und die Mobilfunkbetreiber zwischen 2002 und 2005 insgesamt 29 Mio. Euro für die Forschung zur Verfügung stellen.



Modernes Umweltrecht und Umweltaudit

Die rot-grüne Koalition hat im April 2001 das UVP-/IVU-Artikelgesetz (Umweltverträglichkeitsprüfung/Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) verabschiedet, das dem vorsorgenden Umweltschutz Rechnung trägt.

Um das europäische Umweltauditsystem EMAS zu fördern, wird eine Privilegierungsregelung eingeführt, die Überwachungserleichterungen für Betriebe schafft, die sich an EMAS beteiligen. Die Novellierung des Umweltauditgesetzes zur Umsetzung von EMAS II wird im Sommer abgeschlossen sein. Damit können dann auch Dienstleister und Behörden am Öko-Audit teilnehmen.



6

Mobilität muss nicht im Abgasnebel enden

Trotz dynamischen Wachstums im Personen- und Güterverkehr ist in 2000 und 2001 der Benzinabsatz erstmalig gesunken. Weniger Kraftstoffverbrauch bei modernen Motortechniken, Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel sowie die Ökosteuer haben eine Trendwende beim CO₂-Ausstoß hervorgebracht.

Einen Anreiz zum Umsteigen auf den ÖPNV oder das Rad bietet die für alle Verkehrsmittel gleich hohe Entfernungspauschale. Ab 2003 wird eine strecken- und emissionsbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für schwere LKW für eine gerechtere Wegekostenanlastung sorgen. Eine Unterscheidung nach Schadstoffklassen soll die Einführung moderner LKW fördern.

Dennoch droht die prognostizierte Verkehrsentwicklung alle Erfolge bei der Luftreinhaltung und beim Klimaschutz wieder aufzubrechen. Nicht die transportierten Mengen wachsen, sondern die Beförderungsweiten.

Dieser Entwicklung wird auch weiterhin durch Strategien der Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung auf umweltschonendere Verkehrsträger, der Forcierung innovativer alternativer Antriebstechniken und durch Anwendung kraftstoffsparender Fahrtechniken begegnet werden.





7

Abfallwirtschaft



Die Produkte von heute sind die Abfälle von morgen. Diese Feststellung macht deutlich, dass Abfallpolitik mit den Produkten anfängt. Deshalb wurden mit dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Hersteller haben die tiefsten Einblicke in die Entstehung eines Produktes. Darum muss die Verantwortung an sie zurückgegeben werden. Produkte, die aufgrund ihrer Zusammensetzung und Menge besonders belastend für die Umwelt sind, werden dem Hersteller nach Gebrauch zurückgegeben. Dieser muss sich mit seinen Produkten auseinandersetzen. Diese Politik der „Produktverantwortung“ hat sich mittlerweile weltweit durchgesetzt. Überall wird an Vorgaben für Produkte wie Verpackungen, Altfahrzeuge, Batterien oder Elektronikschrott gearbeitet.

Entwicklung der Mehrwegquote in Prozent

	1993	1995	1997	1999
<i>Getränke insgesamt</i>	73,55	72,27	71,33	68,68
<i>Mineralwasser</i>	90,89	89,03	88,31	84,94
<i>Bier</i>	82,25	79,07	77,88	74,90
<i>Erfrischungsgetränke mit CO₂</i>	76,67	75,31	77,76	74,81

Quelle: BMU – Umweltbericht 2002

Verpackungen

In der Verpackungsverordnung ist die Abfallvermeidung ein wichtiger Gesichtspunkt und hat durch den Streit um das Pfand einen neuen Höhepunkt erreicht.

Nachdem sich beteiligte Wirtschaftskreise jahrelang um fördernde Maßnahmen für den Absatz von Mehrweggetränken gedrückt haben, wird jetzt der Mechanismus für ein Pflichtpfand auf Einwegverpackungen für Bier, Mineralwasser und kohlenensäurehaltige Getränke aufgelöst. Ab Januar 2003 müssen bepfandete Einweggetränkeverpackungen durch den Handel zurückgenommen werden.



7

Altautos



Noch im Sommer wird ein Altauto-gesetz in Kraft treten, das dem Besitzer das Recht gibt, das ausgediente Fahrzeug dem Hersteller kostenlos zurückzugeben. Das Altauto wird dann umweltgerecht zerlegt und möglichst viele Stoffe werden dem Kreislauf wieder zugeführt. Zudem werden problematische Stoffe vom Markt genommen.

Planungs- und Investitionssicherheit

Eine ökologisch hochwertige Verwertung und Beseitigung der Abfälle ist mit großen Investitionen verbunden. Deshalb müssen klare Regeln geschaffen werden. Sowohl die private Wirtschaft als auch die kommunale Abfallwirtschaft müssen wissen, in welchem Rahmen sie sich bewegen.

Mit den Nachfolgeregelungen der TA-Siedlungsabfall (TASi) haben wir die Ungewiss-

heit auf dem Markt beseitigt und für mehr Vielfalt gesorgt. Jetzt können sich neben der Müllverbrennung noch andere Technologien entwickeln, um Abfälle so zu behandeln, dass sie die Umwelt nicht mehr beeinträchtigen. Ab 2005 dürfen nur noch vorbehandelte Abfälle abgelagert werden. Die Bedingungen zur Ablagerung werden dann in der Deponieverordnung geregelt.

Was bleibt zu tun?

Entscheidungen über die Zuständigkeiten in der Abfallwirtschaft stehen aus. Zur Zeit erleben wir eine schleichende Privatisierung zu Lasten der privaten Gebührenzahler. Daher müssen Unklarheiten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ausgeräumt werden.

Standards und klare Regeln für die Verwertung von Abfällen sind ein besonderes Anliegen, denn hier liegt der Schlüssel für die Schließung von Stoffkreisläufen.

Die Abfallvermeidung braucht eine Renaissance – der Abfall, der gar nicht entsteht, ist der Beste. Dann kommt die Verwertung, und der letzte Rest bleibt für die Beseitigung.





8

Ökologisch steuern – doppelt gewinnen

Die ökologische Steuerreform ist ein zentrales Instrument zur Modernisierung und Gestaltung des Strukturwandels in der deutschen Wirtschaft.

Mit der Ökosteuer wurde eine transparente, berechenbare und moderate Dynamisierung der Steuersätze auf Kraftstoffe und Strom eingeführt. Ziel ist es, den Faktor Arbeit durch Senkung der Lohnnebenkosten zu entlasten und zugleich durch eine maßvolle Belastung des Faktors Energie dafür zu sorgen, dass es sich „rechnet“ Effizienzpotentiale zu erschließen. Durch diese Kombination erhalten und schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze. Zugleich wird durch die Ökosteuer bis zu 3% CO₂ eingespart. Dies belegt: ökologisch steuern und Schaffung von Arbeitsplätzen geht zusammen.

Weitere Informationen zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit



Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion

- **argumente, Zukunft sichern**
116 S., April 2001
- **Zukunft sichern –
Nachhaltigkeitsstrategien für Deutschland**
Dokumente 08/01, Teil 1, 32 Seiten,
Teil 2, 118 Seiten, Januar 2002
- **Brennstoffzellen –
Kraftmaschinen für die Zukunft**
Dokumente 05/01, Mai 2001
- **Wettbewerb ums Wasser?
Nachhaltige Wasserwirtschaft
in Deutschland**
Dokumente 04/01, 93 Seiten, Mai 2001
- **Atomkraft: Das Ende ist eingeleitet –
15 Jahre nach dem Super-GAU
von Tschernobyl**
Dokumente 03/01, 24 Seiten, April 2001

Außerdem im Internet

www.spdfraktion.de/pa/ag/umwelt/

Weitere Veröffentlichungen in der Reihe „Zur Sache“



- **Die neue Rente – Solidarität mit Gewinn**
- **Brennpunkt Energiepreise**
- **Familienpolitik**
- **Gehen Sie stiften**
- **Die Menschen gewinnen**
- **Neue Mittelstandspolitik**
- **Verbraucher gewinnen**
- **Job-AQTIV**
- **Versprochen und Wort gehalten**
Zwischenbilanz der rot-grünen Koalition
Frühjahr 2002
- **Moderne Energiepolitik**
- **Jugend gewinnt**
- **Das neue Behindertenrecht**

Außerdem im Internet

www.spdfraktion.de – dort stehen die Broschüren auch zur Ansicht und zum download zur Verfügung.

